

# Berliner Zeitung

Archiv » 1999 » 03. Juli

## Textarchiv

### Die Berliner SPD steckt im Stimmungstief fest

#### **Umfrage: Wähler enttäuscht über Momper und Bundespolitik**

*Christine Richter*

Die Berliner SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Walter Momper verliert 99 Tage vor der Abgeordnetenhauswahl in der Wählergunst zwar nicht weiter an Zustimmung, kann aber auch keine Punkte machen. Nach einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts "Info GmbH" würden derzeit nur 25 Prozent der Berliner die SPD wählen. Damit liegt die Partei nur über dem Niveau der letzten Abgeordnetenhauswahl von 1995, als die SPD mit 23,6 Prozent ihr bislang schlechtestes Ergebnis in Berlin erzielte.

Wie schon bei der Europawahl wäre Berlin auch bei der Abgeordnetenhauswahl am kommenden Sonntag eine gesplante Stadt: Im Westteil hieße der Wahlsieger mit 41 Prozent CDU, im Ostteil mit 39 Prozent PDS. Die SPD könnte in West-Berlin nur 28 Prozent und im Ostteil 20 Prozent der Wähler gewinnen. Die Bündnisgrünen würden mit zwölf Prozent berlinweit vierstärkste Fraktion (West: 14 Prozent, Ost: neun Prozent).

Der Meinungsumfrage zufolge ist der Abwärtstrend der Berliner SPD seit der Bundestagswahl auf die Politik der rot-grünen Bundesregierung und auf den Spitzenkandidaten Momper zurückzuführen: Fast jeder zehnte, der im September 1998 noch SPD wählte, gibt an, daß er Momper als Spitzenkandidat ablehne. Momper wurde erst am 17. Januar von der SPD per Urwahl durch

die Parteibasis zum Spitzenkandidaten nominiert.

58 Prozent derjenigen, die sich von der SPD abgewandt haben, geben als Grund an, von der Politik der rot-grünen Bundesregierung enttäuscht zu sein. Vor allem die älteren Berliner ab 50 Jahre wollen derzeit der CDU ihre Stimme geben. Die Wähler dieser Altersgruppe seien von der Rentenpolitik der Bundesregierung enttäuscht, so die Meinungsforscher.

Die SPD verliert ihre Wähler an alle Parteien: So führt die Ablehnung von Momper als Spitzenkandidat dazu, daß die ehemaligen SPD-Wähler bei der Abgeordnetenhauswahl jetzt der CDU ihre Stimme geben wollen. Diejenigen, die den Nato-Einsatz im Kosovo ablehnten, wollen nun für die PDS votieren.

"Das Problematische an dieser Situation ist das Auseinanderdriften der ehemaligen SPD-Wählerschaft aus unterschiedlichen Gründen, wobei innerhalb der Berliner SPD gegenwärtig auch keine wirkliche Integrationsfigur in Sicht ist", schreiben die Meinungsforscher in ihrer Schlußfolgerung. Ein Wechsel des Spitzenkandidaten würde deshalb "vermutlich nur die Richtung des Wählerverlustes ändern, nicht aber deren Umfang". So fällt auch auf, daß SPD-Wähler mit der SPD unzufriedener sind als etwa CDU-Wähler mit ihrer Partei: Nur 68 Prozent der SPD-Anhänger sind mit der Politik ihrer Partei zufrieden. Dagegen sind 86 Prozent der CDU-Wähler mit der Arbeit der Union einverstanden. Die gleichen Werte erzielen die Bündnisgrünen (86 Prozent) und die PDS (87 Prozent) unter ihren Anhängern. Insgesamt sagen 47 Prozent der Berliner, sie seien mit der Politik der CDU zufrieden. Die SPD liegt mit 39 Prozent an zweiter Stelle, gefolgt von den Grünen (38 Prozent) und der PDS (33 Prozent).

Hohe Werte erzielt der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU). 59 Prozent der Berliner sagen, sie seien mit der Arbeit Diepgens als Regierungschef zufrieden. Besser als Diepgen schneidet die Kulturpolitik des Senats ab (61 Prozent), für die Kultursenator Peter Radunski (CDU) verantwortlich zeichnet. Mit der Bekämpfung der Kriminalität und der Sicherheitspolitik des Senats sind noch 51 Prozent der Berliner zufrieden.

Am Ende der Skala liegen die Finanzpolitik der Landesregierung (29 Prozent) und die Arbeitsmarktpolitik, mit der nur noch ein Viertel der Befragten zufrieden sind.

[IMPRESSUM](#) [KONTAKT](#) [AGB](#) [MEDIADATEN](#)

